

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Werte im Systemwettstreit](#)
2. [Hinter dem Regenbogen](#)
3. [Mali: Flucht in Zeitlupe](#)
4. [Die CIA, das FBI und der Unantastbare](#)
5. [Proteste im Iran: Heuchelei in Genf](#)
6. [Was von der neuen Regierung in Israel zu erwarten ist: „Bedrohung der Bürger- und Menschenrechte“](#)
7. [Erinnerungskultur: Nakba und deutsche \(Un-\)Schuld](#)
8. [Pilotabschluss der IG Metall ignoriert Preissteigerungen und Extraprofite der Konzerne: Noch nicht mal Inflationsausgleich](#)
9. [»Einige Vermieter akzeptieren das schlicht nicht«](#)
10. [Gesellschaft für Informatik warnt: Bargeldobergrenze und digitale Währung führen zu gläsernen Bürgern](#)
11. [RSV-Welle bei Kleinkindern »Die Werte gehen senkrecht nach oben«](#)
12. [Das Virus und die Saison – 2 Jahre danach](#)
13. [Wie die Regierung die Pandemiepolitik ausschleichen lässt](#)
14. [Jens Spahn: Neues Buch – alte Lügen](#)

**Vorbemerkung:** Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

#### 1. **Werte im Systemwettstreit**

Die Bundesregierung nutzt die Proteste gegen die Fußball-WM in Qatar, um ihre Weltpolitik als angeblich „werteorientiert“ zu profilieren und die breite Öffentlichkeit hinter sich zu scharen. Innenministerin Nancy Faeser zeigte sich am Mittwoch beim

Spiel der deutschen Mannschaft mit einer „One Love“-Armbinde – sich der maximalen PR-Wirkung ihres Auftritts gewiss. Auf Fotos, die Wirtschaftsminister Robert Habeck bei einer tiefen Verbeugung vor seinem Amtskollegen aus Qatar zeigen – in der Hoffnung, kostengünstiges Flüssiggas zu erhalten –, ist kein solches Symbol zu sehen. Die doppelten Standards – „Werte“-Symbole in der Öffentlichkeit, interessengeleitete Verhandlungen im politischen Geschäft – legen eine PR-Strategie offen, wie sie auch die Biden-Administration verfolgt: Washington erklärt seinen Machtkampf gegen Russland und China zum „Kampf für Demokratie“; es hatte Staaten, die ihm als aktuelle oder potenzielle außenpolitische Verbündete gelten, Ende 2021 zu einem „Summit for Democracy“ geladen. Im Unterschied zum „Summit for Democracy“ verheißt eine Fußball-WM eine maximale Öffentlichkeitswirkung.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

## 2. **Hinter dem Regenbogen**

Vielleicht sollten die deutsche Nationalmannschaft und der DFB weniger über Regenbogenfarben reden als darüber, wie man Spiele gewinnt. [...]

Nach dem Anpfiff wurde zunächst einmal mehr fünf Minuten lang darüber rasonniert, was für ein „wichtiges Zeichen“ es gewesen sei, dass sich die DFB-Kicker zum Gruppenfoto die Hand vor den Mund gehalten hatten. Was im Übrigen die Fifa selbst nicht übertrug, sondern nur die zusätzlichen vorab bereitgestellten Kameras der ARD. Genauso realitätsfern, unfokussiert, arrogant und willensschwach präsentierte sich zuvor auch die deutsche Nationalmannschaft im Spiel selbst. Und die ARD-Berichterstattung während des Spiels spiegelte diese Haltung recht exakt. Schmunzelnd und mit gönnerhaften Höhöhö wurde von den Kommentatoren konstatiert, dass die Japaner als ihr Ziel das Erreichen der K.o.-Runde ausgegeben hatten, also den zweiten Platz in einer Gruppe mit Spanien und Deutschland. Nicht ein einziges Mal setzte man sich dagegen ernsthaft mit der Taktik Japans auseinander und damit, wie man als Trainer der Japaner wohl seine Mannschaft auf ein Spiel gegen Deutschland einstellen würde.

Dabei ist der Satz „put yourself in the shoes of the others“, also die Bereitschaft und vor allem die Fähigkeit, sich in die andere Seite hineinzusetzen, ja eine der Kernforderungen aller Anwälte von Diversität und Inklusion sozial benachteiligter Gruppen. Sie gilt auch auf und neben dem Platz.

Man könnte also unabhängig davon, ob man die politische Agenda der Identitätspolitik und ihren Forderungen nach Diversität teilt, eine Menge darüber lernen, wie man besser Fußball spielt.

Das hat nämlich nichts damit zu tun, aus wie vielen Hautfarben und Geschlechtern eine aufgestellte Mannschaft besteht, sondern wie sie sich mit dem Anderen im Anderen, also dem Fußballgegner und sich selbst auseinandersetzt. [...]

Aber wer über das Tragen von Regenbogenarmbändern räsontiert statt über die richtige Taktik gegen Japan, der wird vielleicht Weltmeister der Wokeness, aber nicht Fußball Weltmeister.

Es ist also keine Arroganz, die das deutsche Spiel scheitern lässt. Sondern es sind falsche und fehlgeleitete Prioritäten, es sind die Nerven, es ist die innere Unsicherheit.

Quelle: [Telepolis](#)

#### dazu: **Belgiens Kapitän lästert über deutsche Protestgeste**

Belgiens Kapitän Eden Hazard hat kein Verständnis für die deutsche Protestaktion vor dem 1:2 am Mittwoch gegen Japan. „Es wäre besser gewesen, wenn sie es nicht getan und gewonnen hätten“, ätzte der 31 Jahre alte Hazard von Real Madrid laut französischem Radio RMC nach dem 1:0 Belgiens am Mittwochabend gegen Kanada.

[...]

„Wir sind hier, um Fußball zu spielen, ich bin nicht hier, um eine politische Botschaft zu verbreiten, dafür sind andere Leute besser geeignet. Wir wollen uns auf den Fußball konzentrieren“, sagte Hazard laut des Berichts weiter.

Quelle: [Welt Online](#)

### 3. **Mali: Flucht in Zeitlupe**

Nach zähem Ringen verkündet die Bundesregierung den „Einstieg in den Ausstieg“ aus dem Einsatz der Bundeswehr in Mali. Das wird gerne zitiert, weil es so vage ist, wie der Beschluss selbst. Bis Ende 2024 soll die deutsche Beteiligung an der UN-Mission Minusma enden.

Verteidigungsministerin Christine Lambrecht spricht von einem „sehr geordneten Abzug“. Die Regierung betont, man wolle den Einsatz „nach zehn Jahren strukturiert auslaufen lassen“. Das klingt nach einer erfüllten Aufgabe, nach planvollem Vorgehen. Alleine die Formulierung vom „Einstieg in den Ausstieg“ ist schon irreführend. Das deutsche Minusma-Kontingent kann schon seit Monaten kaum ausrücken, ist eher auf den Schutz anderer Truppensteller angewiesen, seit die Franzosen mit ihrer Operation Barkhane abgezogen sind (siehe: Kampf um Einflusssphären: Was folgt in Mali?).

Quelle: [Telepolis](#)

### 4. **Die CIA, das FBI und der Unantastbare**

Aufklärung des Attentats auf John F. Kennedy – Die blinden Flecken des Warren-Reports (Teil 3 und Schluss).

Als John F. Kennedy im Juni 1963 seine berühmte Friedensrede hielt und damit die konservativen Eliten provozierte, warnte er ähnlich wie Eisenhower vor „secret societies“. Vielleicht dachte er an die Strippenzieher in Texas, an die Clique der Rockefellers, an die Kreise seiner Feinde im Pentagon, ganz sicher aber auch an die

eigenmächtigen Männer in der Geheimdienst Community, mit der er sich überworfen hatte.

Zu den erklärten Feinden Kennedys zählten etliche CIA-Leute, die dem Präsident 1961 Verrat an den Exilkubanern in der Schweinebucht vorwarfen und nach dem Debakel größtenteils von Kennedy entlassen wurden.

Richter Warren konnte sich Nachforschungen in Kreisen der CIA sparen, da mit Allen Dulles ausgerechnet der Mann in seinem Team saß, der sowohl die Öl- und Rüstungsindustrie als auch die US-Geheimdienste aufgebaut hatte (Die CIA und das Öl). Dulles markierte mit derart großem Eifer Oswald als den Einzeltäter, dass man hinter vorgehaltener Hand von der "Dulles-Kommission" sprach.

Quelle: [Telepolis](#)

#### 5. **Proteste im Iran: Heuchelei in Genf**

UN-Menschenrechtsrat votiert für Resolution zu Untersuchung in Iran. Vorgehen gegen Proteste verschärft [...]

Nachdem Berlin sich lange Zeit nicht zu der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste geäußert hatte, wird jetzt rhetorisch zum Schlag ausgeholt. Mehr wird sich Berlin auch nicht leisten, ist die Bundesrepublik doch nach wie vor der größte Handelspartner Irans in der EU. Die Menge der deutschen Ausfuhren in die Islamische Republik hat nach jüngsten Statistiken bis Ende September sogar noch einmal einen deutlichen Sprung gemacht: So stieg die Summe der Exporte von 137,7 Millionen Euro im August auf 241,5 Millionen im September. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum ergab sich nach Angaben der Deutsch-Iranischen Industrie- und Handelskammer vom 14. November insgesamt ein Plus von 20 Prozent, und auch umgekehrt erhöhte sich der iranische Export in die BRD im September um vier Prozent.

Das alles dürfte den Protestierenden vor allem in den kurdischen Landesteilen des Iran egal sein. Besonders die jungen Menschen, die mehr als 50 Prozent der 80 Millionen zählenden Bevölkerung des Irans ausmachen, haben den versperrten Mitteilungen in sozialen Netzwerken zufolge jede Angst vor den mit immer größerer Härte vorgehenden »Revolutionsgarden« verloren. In einer vom Lower Class Magazine auf seinem Telegram-Kanal veröffentlichten Erklärung der »Unabhängigen Organisation der progressiven Studenten« vom Montag heißt es trotzdem hoffnungsvoll: »Die schweren Schläge der landesweiten Proteste vor allem in Kurdistan haben die Existenz dieser kindermordenden Herrschaft in mehreren Städten bedroht und fast zur de facto Befreiung einiger Städte geführt.«

Quelle: [junge Welt](#)

#### 6. **Was von der neuen Regierung in Israel zu erwarten ist: „Bedrohung der Bürger- und Menschenrechte“**

Wir führten dieses Gespräch über den Wahlausgang in Israel mit Nimrod

Flaschenberg, einem früheren Berater der Knesset-Abgeordneten Aida Touma-Sliman und Manager der hebräischsprachigen Wahlkampagne der „Vereinigten Liste/Chadasch“. Außerdem ist er Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Israels. Nimrod lebt und studiert jetzt in Berlin. Im ersten Teil des Interviews geht es um die Situation nach den Wahlen und um mögliche reaktionäre Veränderungen in Israel. Im zweiten Teil, der in der kommenden Ausgabe von UZ erscheint, geht es um einzelne Parteien sowie den Zustand und die Perspektiven der Friedensbewegung.

Quelle: [unsere zeit](#)

dazu: **Den gemeinsamen Kampf organisieren**

Quelle: [unsere zeit](#)

## 7. **Erinnerungskultur: Nakba und deutsche (Un-)Schuld**

Die Erinnerungskultur muss sich für palästinensische Erzählungen öffnen. Was 1948 im Nahen Osten geschah, verlangt mehr als einseitige Empathie.

Es ist ein Erfordernis deutscher Geschichte, im Land der Schoah über den israelisch-palästinensischen Konflikt im Nahen Osten mit Bedacht und Achtsamkeit zu sprechen. Was wären Kriterien dafür? Zum Beispiel Genauigkeit, historische Redlichkeit und selbstkritische Betrachtung des Eigenen. Die Realität sieht allerdings anders aus. Mittlerweile zieht ein beachtlicher Teil des etablierten Deutschland einen Bannkreis um alles, worin der Begriff „Palästina“ vorkommt: Vorsicht, Antisemitismus, besser nicht nähern! So wird die Erinnerung an das Großverbrechen unserer Vorfahren zu einer Waffe, die sich ausgerechnet gegen jene richtet, die von Mitschuld daran anders, als viele deutschen Familien, völlig frei sind: Mal trifft es Juden/Jüdinnen mit missliebigen Ansichten zu Israel, vor allem aber trifft es die Palästinenser und Palästinenserinnen.

200.000 von ihnen leben in Deutschland, mehr als irgendwo sonst in Europa. Sie haben ein Recht darauf, ihre Sicht der Geschichte zu erzählen, und zwar als Teil einer neu verstandenen Erinnerungskultur, die Konflikte nicht scheut und gerade dadurch dichotome, einander ausschließende Narrative überwinden könnte.

Quelle: [taz](#)

## 8. **Pilotabschluss der IG Metall ignoriert Preissteigerungen und Extraprofite der Konzerne: Noch nicht mal Inflationsausgleich**

Der Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie bedeutet einen Reallohnverlust für die Beschäftigten einer Branche, deren Konzerne Gewinne verkünden. Die Lohnsteigerung von 5,2 Prozent - im Juni kommenden Jahres - steht in einem absurd schlechten Verhältnis zur Inflationsrate von mehr als 10 Prozent in diesem Jahr. Die

Einmalzahlungen wirken beruhigend, sie werden den Verlust aber nur dämpfen, nicht aufhalten. Das Gerede von einer „Schmerzgrenze“, das die Unternehmerverbände über alle Medien verbreiteten, kann getrost unter „übliches Geschwätz“ abgebucht werden. Bei großen Konzernen dieser Branchen machen die Lohnkosten häufig nur einen einstelligen Betrag der Gesamtausgaben aus. Eine fünfprozentige Lohnerhöhung ist dort genauso schnell verbucht wie verkraftet. (...)

Vor allem die gestiegenen Preise hätten zu höheren Erlösen und besseren Gewinnmargen geführt. Dies ist ein Effekt, den Karl Marx schon in seiner Schrift „Lohn, Preis, Profit“ beschrieben hat: Eine sich entwickelnde Inflation wird von den Unternehmern in der Regel selbst dann, wenn bei ihnen die Zwischenproduktpreise nur moderat oder gar nicht steigen, für kräftige Preissteigerungen genutzt. Dafür ist in einer solchen Umgebung das Verständnis größer als in Phasen der Preisstabilität und damit wachsen die Chancen, sich die tiefen Taschen der Konzerne mit Geld zu füllen. Die Dummen sind diejenigen, deren Preis für ihre einzige Ware, die sie zu verkaufen haben – die Arbeitskraft –, sich nicht entsprechend der allgemeinen Teuerung steigern lässt. Das Bild, das Siemens und ThyssenKrupp bieten, ließe sich fortsetzen. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst and Young veröffentlichte in diesem Monat eine Studie über die Geschäfts- und Gewinnentwicklung der 40 größten im DAX notierten deutschen Konzerne mit einem klaren Trend: Sie haben im vorletzten Quartal 2022 fast alle Rekorde bei Umsatz und Profit erzielt. Der operative Gewinn dieser G40 verbesserte sich um 28 Prozent auf insgesamt fast 45 Milliarden Euro – in einem Quartal. Bescheidenheit und Lohnzurückhaltung sind angesichts dieser Zahlen nicht nur fehl am Platz, sie stabilisieren dieses System, in dem die Reichen reicher und die Armen ärmer werden.

Quelle: [Manfred Sohn in unsere zeit](#)

#### 9. »Einige Vermieter akzeptieren das schlicht nicht«

Regulierung des Wohnungsmarktes: Urteil stellt Mietpreislösung in Berlin in Frage. Hoffnung auf nächste Instanz. Ein Gespräch mit Wibke Werner. Wibke Werner ist Geschäftsführerin des Berliner Mietervereins. [...]

Die Mietpreislösung ist ein Bundesgesetz, muss aber in den Bundesländern mit Verordnungen umgesetzt werden. Dort braucht es eine stichhaltige Begründung, die wiederum öffentlich einsehbar sein muss, was in Berlin nicht der Fall gewesen sein soll. Wenn Sie sagen, Sie warten erst einmal ab: Bis wann rechnen Sie mit einer Entscheidung der nächsten Instanz?

Es kann ein paar Monate dauern, bis das Landgericht Berlin darüber entscheidet. Wichtig zu betonen ist dabei, dass das Urteil des Amtsgerichts eine Einzelfallentscheidung ist, also keine Auswirkungen auf sämtliche Mietverträge hat. Die Verordnungen zur Mietpreislösung wurden auch in anderen Bundesländern

moniert, woraufhin sie nachgebessert werden mussten. Es scheint bei der Umsetzung dieses Instruments doch ein strukturelles Problem zu geben.

Das ist ärgerlich. Man sollte erwarten, dass die Verwaltungen, die diese Verordnungen umsetzen, das mit der entsprechenden Sorgfalt tun. Ich vermute, dass häufig auch Zeitdruck ein Problem ist. Aber ich gebe Ihnen recht: Insbesondere dort, wo die Wohnungsmärkte angespannt sind, wird immer wieder versucht, die Mietpreisbremse oder ähnliche Instrumente zu kippen. Es gibt Vermieterinnen und Vermieter, die schlicht nicht akzeptieren, dass durch Regulierung in den Markt eingegriffen wird. Beim aktuellen Fall geht es um die Berliner Verordnung aus dem Jahr 2015. Es ist erstaunlich, dass sieben Jahre später noch dagegen vorgegangen wird.

Quelle: [junge Welt](#)

#### 10. **Gesellschaft für Informatik warnt: Bargeldobergrenze und digitale Währung führen zu gläsernen Bürgern**

Die Gesellschaft für Informatik, die größte und wichtigste Fachgesellschaft für Informatik im deutschsprachigen Raum, hat eine eindringliche Warnung vor einer Bargeldobergrenze und der Einführung einer digitalen Währung ausgesprochen. Weil sich die etablierten Medien nicht dafür erwärmen konnten, hierüber zu berichten, wurde ich gebeten, die Erklärung zu verbreiten. Das tue ich gerne:

Die EU-Kommission und die Bundesregierung wollen Bargeldzahlungen einschränken, um Schwarzarbeit und organisierte Kriminalität zu erschweren. Der GI-Präsidiumsarbeitskreis „Datenschutz und IT-Sicherheit“ mahnt, dass das Zurückdrängen des Bargeldes zulasten von Privatsphäre, Sicherheit und Freiheit gehen kann.

Berlin, 22. November 2022 - Mit großem Engagement treibt die Europäische Zentralbank (EZB) die Einführung eines digitalen Euros voran. Derzeit testet sie verschiedene Ansätze und Technologien zur Bereitstellung einer digitalen Währung, darunter auch zentralisierte und dezentralisierte Lösungen wie die Distributed Ledger Technology, auf der auch der Bitcoin basiert. Nach Plänen der Europäischen Kommission sollen zudem Rechnungen grundsätzlich nur noch bis zu 10.000 Euro in bar bezahlt werden dürfen, um Geldwäsche, organisierte Kriminalität und Terrorismus zu bekämpfen. Nun hat auch Bundesinnenministerin Nancy Faeser angekündigt, diese Obergrenze für Bargeldauszahlungen in Deutschland einzuführen.

Prof. Dr. Hartmut Pohl, Sprecher des Präsidiumsarbeitskreises „Datenschutz und IT-Sicherheit“ der Gesellschaft für Informatik e.V. (GI):

„Wir sehen die von Bundesregierung und EU-Institutionen geplante Einschränkung des Bargeldverkehrs äußerst kritisch. Bargeldobergrenzen, Pläne zur Einführung einer rein digitalen Währung und eine etwaige Abschaffung von Bargeld haben weitreichende Folgen für die informationelle Selbstbestimmung und die Privatsphäre

der Bürgerinnen und Bürger. Sie bergen die große Gefahr, aus jeder und jedem den sprichwörtlichen ‚gläsernen Menschen‘ zu machen. Zudem weisen rein digitale Währungen enorme Sicherheitsrisiken auf. Wie digitale Währungen grundrechtskonform gestaltet werden können, ist ein dramatisch unterbeforschtes Themenfeld. Abgesehen davon ist bis heute unklar, ob durch eine bargeldlose Welt organisierter Kriminalität und Terrorismus tatsächlich beizukommen ist.“

Quelle: [Norbert Häring](#)

**Anmerkung Christian Reimann:** Bitte lesen Sie dazu u.a. auch bzw. erneut *Bargeldlos gegen Geldwäsche und Kriminalität? [So einfach ist es dann doch nicht](#) und [EZB-Chefin Lagarde legt offen, wie sie mit dem digitalen Euro das Bargeld verdrängen will](#) mit einer Anmerkung.*

#### 11. **RSV-Welle bei Kleinkindern »Die Werte gehen senkrecht nach oben«**

Wegen Infektionen mit dem RS-Virus müssen gerade besonders viele Kinder im Krankenhaus behandelt werden. Ein Mediziner spricht von »Katastrophenzuständen«. Infektionen mit dem Respiratorischen Synzytial-Virus (RSV) führen dem Robert Koch-Institut (RKI) zufolge besonders bei Kleinkindern vermehrt zu Erkrankungen und Krankenhauseinweisungen. In den kommenden Wochen sei mit weiter steigenden Zahlen zu rechnen, heißt es im RKI-Wochenbericht zur Entwicklung der Coronapandemie von Donnerstagabend. »Es ist keine Kurve mehr, sondern die Werte gehen senkrecht nach oben«, sagte der Kinder-Intensiv- und Notfallmediziner Florian Hoffmann der Deutschen Presseagentur zur Entwicklung bei Kleinkindern. [...] Bereits im Spätsommer 2021 hatte es eine unüblich hohe RSV-Welle gegeben - die Lage aktuell sei aber schlimmer, sagte Hoffmann. Nicht nur in Deutschland, generell auf der Nordhalbkugel gebe es ein »dramatisches epidemisches Geschehen«. Betroffen seien viele Kinder von ein oder zwei Jahren, die - auch angesichts der Coronapandemie und der dagegen getroffenen Maßnahmen - bisher keinerlei Kontakt zum RSV hatten, erklärte Hoffmann.

Quelle: [DER SPIEGEL](#)

**Anmerkung JK:** *Eine Folge der Schul- und Kitaschließungen, der absurden Maskenpflicht für Kinder, gar der unsinnigen und nutzlosen Impfungen, die deren Immunsystem vermutlich nachhaltig beeinträchtigt haben?*

#### 12. **Das Virus und die Saison - 2 Jahre danach**

Heute vor zwei Jahren, am 25. November 2020, habe ich einen Text veröffentlicht, in



dem ich, fernab von meinem Fachgebiet, aus einigen Beobachtungen einfache Schlussfolgerungen bezüglich möglicher zukünftiger Entwicklungen der Corona-Pandemie gezogen habe (den Text findet man hier in Anhang 1). Insbesondere ging es darum, die eindeutige Saisonalität des Verlaufs der Epidemie aufzuzeigen, was damals erstaunlicherweise kaum zur Kenntnis genommen wurde.

Zum anderen war vor zwei Jahren schon ziemlich gut zu erkennen, dass es im Zeitverlauf - mit oder ohne Impfung - zu einer Immunisierung der Bevölkerung kommen wird, die dem Virus nach und nach seinen Schrecken nehmen wird, weil jede weitere Welle schwächer werden wird als die vorherige. So ist es gekommen.

Es geht mir jedoch nicht darum, Recht behalten zu haben, sondern es geht darum, darauf hinzuweisen, dass die Gesellschaft wenigstens im Nachhinein aus solchen Ereignissen lernen sollte. Wir erleben im Bereich der Wirtschaft gerade wieder einmal eine vollkommene Unfähigkeit zu lernen, weil im Umgang mit den jetzigen Preissteigerungsraten nicht nur die gleichen Fehler, sondern sogar weit schlimmere Fehler gemacht werden als bei den Ölpreisexplosionen vor 50 Jahren.

Bei der Einschätzung der Auswirkungen des Virus hat man von der ersten Stunde an den gravierenden Fehler gemacht, so zu tun, als ob sich das Virus in einer für seine Ausbreitung idealen Welt befindet, in der nur der Mensch durch drastische Maßnahmen seine Ausbreitung verhindern kann. „Exponentiell“ war die immer und immer wieder benutzte Beschreibung des möglichen Infektionsverlaufs. Insbesondere die Physikerin Angela Merkel tat sich mit dieser als Drohung gemeinten Beschreibung hervor.

Bei natürlichen und gesellschaftlichen Phänomenen tritt exponentielles Wachstum jedoch nur sehr selten auf und in der Regel im Rahmen eines Verlaufs, bei dem die exponentielle Phase nur eine kurze und vorübergehende Episode ist (wie in dem ebenfalls anhängenden Papier erklärt). Der typische Verlauf ist die Welle, die sich selbst bricht, weil die günstigen Anfangsbedingungen nicht erhalten bleiben.

Man hätte erwarten können, dass bei der Mehrzahl der Epidemiologen solche Einsichten längst vorhanden sind und von der Politik nur aufgegriffen werden müssen. Das war offensichtlich nicht der Fall und die Politik entschied, wie fast immer, sich auf eine sehr einseitige Expertise einzulassen. Quasi über Nacht wurde jeder, der anderer Meinung war, ausgegrenzt, verbal diskriminiert und politisch in eine Schmutzdecke geschoben, wobei die „Leitmedien“, wie auch jetzt wieder bei „der Inflation“, eine mehr als unrühmliche Rolle spielten.

Quelle: [Relevante Ökonomik](#)

### 13. **Wie die Regierung die Pandemiepolitik ausschleichen lässt**

Mehr als hundert Tote täglich: Trotzdem unternimmt die Regierung wenig, um Covid-19 weiter einzudämmen. Das Team Vorsicht versucht, einen Teil der

Schutzregeln aufrechtzuerhalten. Aber wie lange noch?

Quelle: [DER SPIEGEL](#)

**Anmerkung JK:** Die politischen Verantwortlichen lassen die Coronamaßnahmen wohl primär deswegen „ausschleichen“, um sich auch der Verantwortung für die maßlose Repression gegen die eigenen Bürger während des zweijährigen Pandemietheaters zu entziehen.

#### 14. **Jens Spahn: Neues Buch - alte Lügen**

„Wir werden einander viel verzeihen müssen!“, so titelt Jens Spahn sein aktuelles Buch. Was soll er wohl mir verzeihen müssen? Dass ich gegen ihn und alles, was er so verkörpert, agiert und geschrieben habe? Das wäre ja echt gnädig von ihm. Schon im Titel wird klar, dass Spahn nichts von Demokratie versteht, verstehen will: Es geht nicht ums Verzeihen, es geht um Aufklärung, um Analyse, um die Einschätzung der Kräfteverhältnisse. Was sollen wir ihm verzeihen? Dass er ein klassischer CDU-Funktionär ist und ein Lobbyist? Soll man einem Gewohnheitsverbrecher die Gewohnheiten verzeihen? Vielleicht kann man ihn umerziehen. Durch Widerstand und Druck. (...)

Der Politiker Spahn könnte sich in seinem Buch, wenn er sich denn ernsthaft mit den gesellschaftlichen Folgen der „Pandemie“ beschäftigen wollte, auch mit den Argumenten seiner Gegner beschäftigen. Die gibt es für ihn nur als protestierende Belästigung, wenn er seine Villa und sein gesichertes Büro zu Wahlkampfzwecken verlässt und sie ihm, wie in Wuppertal, „Kindermörder“ hinterherrufen. (...)

Großzügig hantiert Spahn mit dem bedrohlichen Wort „Pandemie“. Dass die WHO die Definition „Pandemie“ schon zur Zeit der Schweinegrippe (April 2009) so abgeschwächt hat, dass sie damit damals wie heute den „Startschuss für die Produktion von Impfstoffen“ gab ([arzneitelegramm.de/html/2010\\_06/1006059\\_01.html](https://arzneitelegramm.de/html/2010_06/1006059_01.html), Die gesponserte Pandemie),

verschweigen die Ghostwriter des Herrn Spahn. Dafür werden sie vom Ex-Minister bezahlt. Spahn war lange Mitinhaber der Beratungsagentur namens Politas, deren Klienten vornehmlich aus der Medizin- und Pharmabranche kamen. Der CDU-Politiker war seit 2005 im Gesundheitsausschuss, wo für die Gesundheitsbranche weitreichende Gesetze beschlossen wurden. Das nennt man nicht Korruption, sondern vornehm Lobbyismus. (...)

Manchmal könnte man glauben, der Herr Spahn habe was begriffen. So, wenn er die Absperrung von Spielplätzen als „Fehleinschätzung“ bezeichnet. Kein Wort davon, dass die Kinderpsychologie bei ihren Patienten in Folge der amtlichen Panikkampagne schwere Schäden verzeichnete. Nur eine Seite weiter wagt es Spahn zu schreiben,

dass er die Freiheit der Wissenschaft einschränken „musste“. Die geradezu mittelalterliche Inquisitions-Kampagne gegen Professor Bhakti und andere Wissenschaftler, die den Corona-Kurs der Regierung kritisierten? Gibt es für Spahn nicht.

Quelle: [Rationalgalerie](#)

**Anmerkung Christian Reimann:** Bitte lesen Sie dazu u.a. auch:

- a. [Jens Spahn: Ein Pharmalobbyist soll Gesundheitsminister werden](#)
- b. [Der Türöffner: Wie Jens Spahn den gläsernen Patienten herbeiregiert](#)
- c. [Spahn mit Lernschwächen. Gesundheitsminister plädiert für Schulen in anhaltendem Notstandsmodus.](#)